



78. Jahrgang / November 2005

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

54. *Beitragsabrechnungen
bei Gemeindeverbänden*

55. *Tiroler Waldordnung 2005 –
Waldschutz durch Nutzung*

56. *Kommunale Beschaffung*

57. *Verwendung von Personaldaten
für Zwecke der Wahlwerbung*

*Verbraucherpreisindex für September 2005
(vorläufiges Ergebnis)*

54.

Beitragsabrechnungen bei Gemeindeverbänden

Aus gegebenem Anlass soll die Problematik der Beitragsabrechnungen bei Gemeindeverbänden bzw. einige damit im Zusammenhang stehende Fragen erläutert werden (im Wesentlichen sind Gemeindeverbände aufgrund von Vereinbarungen gemäß § 129 TGO 2001 betroffen):

Vorschreibung der Gemeindebeiträge

Die Gemeindeverbände erfüllen für ihre Mitgliedsgemeinden ganz bestimmte in der Vereinbarung festgelegte Aufgaben. Nach § 141 Abs. 4 der TGO 2001 ist der durch Einnahmen nicht gedeckte Aufwand eines Gemeindeverbandes auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen **jährlich** aufzuteilen. Bei bestimmten Verbänden sind die auf die Gemeinden entfallenden Anteile nicht in der Satzung sondern im entsprechenden Materiengesetz, z. B. bei Schulverbänden im Tiroler Schulorganisationsgesetz 2001, geregelt.

Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen sowie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für dieses Jahr zu leistenden Beiträge (Betriebs-, Schuldendienst- und Investitionsbeiträge) schriftlich mitzuteilen. Daraus ergibt sich die Verpflichtung, dass die Beitragsabrechnungen jeweils für ein Kalenderjahr (Rechnungsjahr) vorzunehmen sind und werden folgende Empfehlungen abgeleitet:

• Betriebsbeiträge

Durch die Betriebsbeiträge soll der Betriebs- und Verwaltungsaufwand eines Gemeindeverbandes gedeckt werden. Diese sind so rechtzeitig und in solcher Höhe einzuheben, dass auch die Liquidität der Verbandskasse gesichert ist. Es wird daher für sinnvoll erachtet, dass je nach Höhe des Betriebsaufwandes im Vorhinein monatliche bzw. viertel- oder halbjährliche a-Kontozahlungen auf die Betriebsbeiträge eingehoben werden.

• Schuldendienstbeiträge

Die Schuldendienstbeiträge dienen der Deckung der aus dem Schuldendienst resultierenden Verpflichtungen. Auch sie sind im Vorhinein so einzuheben, dass der Verband in der Lage ist, die Zins- und Tilgungsverpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen. In der Regel wird dies halbjährlich zu den Fälligkeitsterminen zutreffen. Wenn für die aufgenommenen Kredite wie in der Regel üblich Pauschalraten vereinbart wurden, kann sowohl der Zeitpunkt wie auch die Höhe der Schuldendienstraten bereits im Vorhinein exakt angegeben werden.

Da es sich bei Leasing um eine Finanzierungsvariante handelt, ist auch der Leasingaufwand und zwar sowohl die laufenden Raten wie auch die Kauttionen mit den Schuldendienstbeiträgen umzulegen, wenn in der Satzung nichts anderes bestimmt ist.

• Investitionsbeiträge

Investitionsbeiträge dienen der Bedeckung von einmaligen Ausgaben im ordentlichen Haushalt bzw. von

solchen im außerordentlichen Haushalt, soweit diese nicht durch andere zweckgebundene einmalige Einnahmen bedeckt werden können. Diese sind auf Grundlage des Voranschlages und des diesem zugrunde liegenden Finanzierungsplanes bzw. aufgrund des tatsächlichen Bauaufwandes (Baufortschrittes) abgestimmt auf die besonderen Bestimmungen in der Satzung (unterschiedliche Voraussetzungen für unterschiedliche Bauabschnitte) den Gemeinden so rechtzeitig vorzuschreiben, dass der Gemeindeverband in der Lage ist, die Rechnungen unter Ausnutzung angebotener Skonti zu bezahlen.

Abrechnung der Gemeindebeiträge

Es sollte von der Verbandsverwaltung nach Abschluss der Buchungen des (alten) Rechnungsjahres unter Berücksichtigung der bisher geleisteten Zahlungen eine Abrechnung getrennt nach Betriebsbeiträgen, Schuldendienstbeiträgen und Investitionsbeiträgen (je Bauabschnitt) erstellt und den Gemeinden übermittelt werden. Dabei ist der auf die Gemeinden entfallende Überschuss oder ein von diesen zu bezahlender Restbetrag auszuweisen und zu Lasten des alten Jahres in der Buchhaltung des Verbandes in Vorschreibung zu buchen, so dass sich beim Verband sowohl im ordentlichen wie auch im außerordentlichen Haushalt ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis ergibt und andererseits die Zahlungsverpflichtung bzw. ein allfälliges Guthaben jeder Gemeinde ersehen werden kann. Die Abstattungsbuchung hat zum Zeitpunkt der Bezahlung der Gemeindebeiträge zu erfolgen. Aufgrund der Jahresrechnung sich ergebende Guthaben der Verbandsgemeinden sind auf die nächstfolgenden Vorauszahlungen bzw. auf den nächstfolgenden Beitrag anzurechnen. Es wäre natürlich als optimal anzusehen, wenn der Verband die Jahresabrechnung so rechtzeitig an die Gemeinden übermitteln könnte, dass auch die Gemeinden den Rückstand oder das Guthaben noch im Auslaufmonat in Vorschreibung buchen können, so dass hinsichtlich der geleisteten Beiträge Jahr für Jahr die Buchhaltung des Verbandes ein Spiegelbild der Buchhaltung aller Verbandsgemeinden ergibt.

Bei konsequenter Anwendung dieses Grundsatzes entfällt die Notwendigkeit, dass die Gemeindeverbände das Rechnungsergebnis des laufenden Jahres verbuchen bzw. das Rechnungsergebnis des Vorjahres veranschlagen müssen.

Kontierungen

Es wird empfohlen, jene Gemeindeverbände, die den unternehmerischen Bereich der Gemeinde betreffen,

vom Rechnungswesen und von der Kontierung her an marktbestimmte Betriebe anzupassen. Dies ist sinnvoll, da zum Beispiel auch die Abwasserbeseitigung der Gemeinde als marktbestimmter Betrieb geführt wird. Es sind daher folgende Ansätze zutreffend (sowohl beim Verband als auch korrespondierend bei den Verbandsgemeinden):

- 8500 Wasserversorgungsverbände
- 8510 Abwasserverbände
- 8520 Abfallwirtschaftsverbände
- 8594 Altenheimverbände

Eine allenfalls notwendige verbandsspezifische Untergliederung des Ansatzes hat in der 5. Stelle zu erfolgen (z. B. Abwasserverband BA 01 = 8510 10, BA 02 = 8510 20).

Diese Verbände sind als Unternehmungen mit allen in der VRV dafür geltenden Sonderregelungen (Erfassung des Vermögens und der Schulden) zu betrachten. Der eigene Rechnungskreis und die wirtschaftliche Selbstständigkeit sind aufgrund der Organisation des Verbandes ohnehin gegeben. Die Gemeindebeiträge sind demnach beim Verband als Einnahmen auf Post 8651 (Betriebsbeiträge), 8652 (Schuldendienstbeiträge) und 8750 (Investitionsbeiträge) und entsprechend bei den Gemeinden als Ausgaben auf Post 7551 (Betriebsbeiträge), 7552 (Schuldendienstbeiträge) und 7750 (Investitionsbeiträge) zu kontieren. Es hat sich als vorteilhaft herausgestellt, wenn für die einzelnen Verbandsgemeinden in der 6. Stelle der Post eine Untergliederung gemacht wird, so dass die Gemeinde „A“ durchgehend die 01 bekommt (8651 01, 8652 01, 8750 01), während der Gemeinde „B“ die 02 zugewiesen wird (8651 02, 8652 02, 8750 02). Auf diese Weise ist es auch problemlos möglich, Zahlungsrückstände den betroffenen Gemeinden zuzuordnen.

Rücklagen bei Gemeindeverbänden

Keinesfalls ist es erforderlich und sinnvoll, dass bei einem Gemeindeverband Investitionsrücklagen gebildet werden. Für die rechtzeitige Leistung der Investitionsbeiträge haben die einzelnen Verbandsgemeinden zu sorgen.

Es wird die Meinung vertreten, dass ein Gemeindeverband auch keine Betriebsmittelrücklage benötigt, wenn die Betriebsbeiträge sowie allfällige Gebühren und Beiträge rechtzeitig eingehoben und von den Gemeinden pünktlich bezahlt werden.

Gemeinderevisor Gerhard Oberhofer,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

55.

Tiroler Waldordnung 2005 – Waldschutz durch Nutzung

Dipl.-Ing. Christian Schwaninger, Landesforstdirektion

Die neue Tiroler Waldordnung (LGBl. Nr. 55/2005) liegt vor. Damit ergeben sich für alle mit dem Wald befassten Stellen, aber insbesondere für die Waldeigentümer eine Reihe von Fragen:

Welche Ziele werden mit der Tiroler Waldordnung verfolgt?

Was bringt die Tiroler Waldordnung für die Waldwirtschaft?

Warum gibt es in Tirol eine zusätzliche Regelung neben dem österreichischen Forstgesetz?

Diesen Fragen soll im Folgenden auf Grundlage der wichtigsten Änderungen nachgegangen werden.

Die bisherige Waldordnung war vom Gedanken des Holzsparens geprägt. Die Wurzeln dieser Regelungen liegen im früheren Raubbau am Wald, der insbesondere im 19. Jahrhundert zu großen Verwüstungen im Lande geführt hat, aber auch die Überschlagerungen während und nach dem zweiten Weltkrieg haben dazu beigetragen. Die Marktveränderungen (Holzströme, Holzpreise) und die gestiegenen Erntekosten haben unter anderem dazu geführt, dass die Holznutzungsmengen deutlich hinter dem laufenden Zuwachs zurückblieben. Dieser Entwicklung wird nun schon seit einiger Zeit durch die Interessenvertreter und den Forstdienst entgegen gewirkt. Die Nutzungsmengen sind in den letzten Jahren zwar deutlich gestiegen, liegen aber noch immer hinter den nachhaltig möglichen. Mit der neuen Tiroler Waldordnung wird daher das Ziel verfolgt, die Waldwirtschaft weiter anzukurbeln. Das Motto dazu lautet: „WALDSCHUTZ DURCH WALDNUTZUNG“.

Der Überalterung und Zunahme des Starkholzes im Tiroler Wald und insbesondere im Tiroler Schutzwald kann nur durch konsequente Verjüngung entgegen gewirkt werden. Diese Verjüngung soll nun durch liberale Nutzungsregeln und intensiviertere Beratung der Waldeigentümer unterstützt werden.

Warum Landes- und Bundesgesetz?

Das österreichische Forstgesetz 1975 regelt die Nutzung der Wälder eingehend, ermächtigt aber u. a. das Bundesland Tirol die Nutzung der Wälder, die Forstaufsicht und Bestellungspflicht sowie die Abkürzung des Instanzenzuges mittels Forsttagsatzungskommissionen abweichend von den allgemeinen Vorgaben des Forstgesetzes zu regeln. Diese Ermächtigung trägt der historischen Entwicklung der behördlichen Forstorganisation Rechnung und ermöglicht weiterhin die Besor-

gung aller lokalen forstlichen Aufgaben im hoheitlichen und privatwirtschaftlichen Bereich durch ein Organ – den Gemeindewaldaufseher. Dies vermindert Kosten auf Seiten der Waldeigentümer, weil sie kein eigenes Forstpersonal anstellen müssen und ist zugleich effizienzsteigernd. Weiters wird dadurch eine kostengünstige Bewilligung der Holznutzungen und der tirolspezifischen Kleinviehweide im Wald über die mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Forsttagsatzungskommission ermöglicht.

Waldbetreuung

Durch die geänderten Bezeichnungen (Waldbetreuung anstelle Forstaufsicht und Waldbetreuungsgebiete anstelle Forstaufsichtsgebiete) wird zum Ausdruck gebracht, dass die ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Waldes die beste Voraussetzung für die Erhaltung seiner multifunktionalen Wirkungen ist. Ein Großteil der Arbeit des Waldaufsehers besteht in der Beratung und Betreuung der Waldeigentümer und nicht in der behördlichen Aufsicht.

Der Einsatz von hauptberuflich tätigen Waldaufsehern in vergrößerten Waldbetreuungsgebieten ist auf längere Sicht anzustreben. Vorerst werden die bestehenden, oftmals mit teilzeitbeschäftigten Waldaufsehern besetzten Forstaufsichtsgebiete in Waldbetreuungsgebiete ohne Veränderung übergeleitet. Die bisherigen Waldaufseher gelten als Gemeindewaldaufseher nach dem neuen Gesetz.

Die Möglichkeit des Ausscheidens von Wäldern aus dem Waldbetreuungsgebiet soll für Pflichtbetriebe nach dem Forstgesetz weiterhin möglich sein. Die diesbezüglichen Bestimmungen wurden flexibler gestaltet.

Holznutzung

Grundsätzlich sind bei der Holznutzung alle Vorgaben des Forstgesetzes einzuhalten. Dazu zählen u. a. die Bestimmungen zur Hiebsunreife, die Auflagen zum Deckungsschutz oder das Verbot der Großkahlhiebe. Großkahlhiebe mit einem Ausmaß von mehr als 2 ha sind per Forstgesetz verboten. Hiebei sind angrenzende Kahlflächen oder noch nicht gesicherte Verjüngungen ohne Rücksicht auf die Eigentumsgrenzen anzurechnen.

Forsttagsatzung

Die Tiroler Waldordnung sieht bei der Nutzungsbewilligung so wie bisher einen verkürzten Instanzenzug über die Forsttagsatzungskommission vor. Damit sind weiterhin keine kostenpflichtigen Einzelanträge an die Bezirkshauptmannschaft zu richten, sondern können die Nutzungsansuchen in ein von der Gemeinde zu führendes Verzeichnis eingebracht werden. Dieses Verzeichnis ist Bestandteil der Walddatenbank und wird vom Waldaufseher betreut, welcher in allen Fragen der Holznutzung zentraler Ansprechpartner für die Waldeigentümer ist.

Die Forsttagsatzungskommission setzt sich ab dem Jahr 2006 aus drei Mitgliedern zusammen. Dem Leiter der Bezirksforstinspektion als Vorsitzendem sowie dem Bürgermeister und einem Vertreter der Waldeigentümer. Für alle drei Mitglieder sind für den Fall der Verhinderung Stellvertreter vorgesehen.

Die Forsttagsatzungskommission wird außerhalb der Forsttagsatzung auch elektronisch über die bewilligungspflichtigen Holzmeldungen abstimmen können. Damit ist während des ganzen Jahres eine ständige Holzmeldung und -bewilligung möglich. Einmal jährlich ist eine Sitzung der Forsttagsatzungskommission abzuhalten, bei der neben der Holzbewilligung alle Ansuchen zur Kleinviehweide im Wald so wie bisher erledigt werden.

Die Bestimmungen über die Forsttagsatzung und die Holznutzung treten mit 1. Jänner 2006 in Kraft. Bis dahin sind die verkleinerten Forsttagsatzungskommissionen neu zu bestellen.

Nutzungsmengen

Jeder Waldeigentümer kann unter Beachtung der forstgesetzlichen Bestimmungen bis zu 50 Festmeter Holz oder eine hiebsreife Waldfläche von bis zu 2.000 m² ohne Meldung an den Waldaufseher nutzen.

Ab einer Nutzungsmenge von mehr als 50 Festmeter oder einer Nutzungsfläche von mehr als 2.000 m² ist diese rechtzeitig vor der Durchführung beim Waldaufseher zu melden. Dieser trägt die Nutzung in die Walddatenbank ein und prüft ob eine Bewilligungspflicht vorliegt.

Bewilligungspflichtig sind:

- alle meldepflichtigen Holznutzungen in den Schutz- und Bannwäldern
- alle meldepflichtigen Holznutzungen in den Wirtschaftswäldern des Gemeindevermögens, des Gemeindegutes oder von Agrargemeinschaften, es sei

denn, die Nutzung erfolgt im Rahmen eines gültigen Waldwirtschaftsplanes.

- alle Holznutzungen im Wirtschaftswald auf einer Fläche von mehr als 5.000 m², wenn danach weniger als fünf Zehntel der vollen Überschirmung zurückbleibt.

Wenn neben den beantragten Nutzungsflächen bereits Kahlflächen oder noch nicht gesicherte Verjüngungen angrenzen, sind diese laut Forstgesetz ebenso zu berücksichtigen; es entsteht somit eine Bewilligungspflicht bereits dann, wenn die zusammenhängende Fläche der vorhandenen Kahlfläche oder ungesicherten Verjüngung gemeinsam mit der neu beantragten Nutzung mehr als 5.000 m² aufweist.

Die Holzmeldungen enthalten den Nutzungsort, die Nutzungsfläche, die Holzmenge, den Zeitraum der Fällung und den nach der Nutzung verbleibenden Überschirmungsgrad.

Mehrfache Vorteile durch Holzmeldung

Für die kostenintensive Gebirgsforstwirtschaft ist die Nutzung jeder sich bietenden Effizienzsteigerung ein unbedingtes Muss. Nur durch konsequente Kostenoptimierungen und -einsparungen ist in einem Gebirgsland wie Tirol eine flächendeckende nachhaltige Waldwirtschaft zu sichern. Von einer nachhaltigen Waldwirtschaft profitieren aber nicht nur die Waldeigentümer, sondern liegt diese gerade im Gebirge in besonderem öffentlichen Interesse. Die für das Land so wichtige Schutzfunktion der Wälder kann nur durch nachhaltige Waldwirtschaft erhalten und flächendeckend optimiert werden.

Die zentrale Rolle des Waldaufsehers bei der Holzmeldung und bei der Zusammenarbeit mit Holzkäufern bietet eine wertvolle Chance zur Kostenminimierung und damit zur Aufrechterhaltung einer möglichst flächendeckenden Waldwirtschaft. Als effizienzsteigerndes Instrument dient dem Waldaufseher die Walddatenbank, in der alle walddatenrelevanten Daten sowie die Holznutzung eingetragen werden.

Die Eintragung der gemeldeten Holznutzungen in die Walddatenbank ermöglicht die Bündelung von Holz-mengen für den Verkauf. Der Waldeigentümer kann daher im Zuge der Holzmeldung beauftragen, dass die betreffende Holzmenge dem Forstservice des Waldverbandes angeboten wird. Der Waldaufseher gibt dann zusätzliche verkaufsrelevante Daten in die Walddatenbank ein und berät die Waldeigentümer über die am Markt nachgefragten Holzsortimente.

Die Meldung der Holznutzungen bietet so neben der Erledigung der formalen Bewilligungspflichten die Chance einer gemeinsamen Holzvermarktung und einer verbesserten Bereitstellung von marktkonformen Holzangeboten.

Aufgaben des Waldaufsehers

Der Waldaufseher hat sowohl behördliche Aufgaben als auch Aufgaben in der Waldwirtschaft zu erledigen. Seine Mitwirkung bei der Beratung im Rahmen der Waldwirtschaft und bei deren Förderung wurde mit der neuen Tiroler Waldordnung stärker betont und eingehender geregelt. Eine zentrale Aufgabe des Waldaufsehers ist die Förderung der gemeinschaftlichen Nutzung von Rund- und Energieholzreserven im Zusammenwirken mit forstlichen Vermarktungsorganisationen. Damit unterstützt der Waldaufseher die Waldeigentümer in allen Phasen ihres Kapitals Wald, vom Keimling bis zum Holzverkauf.

Im öffentlichen Interesse liegende forstliche Betreuungsmaßnahmen, wie die beispielgebende Vorzeige von Waldpflegemaßnahmen (Jungwuchs-, Dickungspflege, Durchforstung) werden vom Waldaufseher in Schutzwäldern durchgeführt. Der Gemeindewaldaufseher ist auch bei drohenden Schäden durch Naturgefahren unterstützend tätig. Dazu zählt auch die regelmäßige Kontrolle von potenziellen Schadherden oder das Organisieren von Schadensbehebungen. Im Naturgefahrenmanagement der Gemeinden soll der Waldaufseher mehr als bisher eingebunden werden.

Ausbildung angepasst

Die Ausbildungsinhalte des Waldaufseher-Lehrgangs wurden an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Der Unterricht basiert auf der Unternehmensstrategie des Tiroler Forstdienstes und beinhaltet dieser zukünftig auch Fächer wie „Alpine Naturgefahren“ oder „Waldpädagogik“.

Kostentragung

Die Waldbetreuungs- und -aufsichtskosten werden weiterhin zwischen den Gemeinden und den Waldeigentümern aufgeteilt. Die Gemeinden werden bei entsprechendem Bedarf seitens des Landes unterstützt. Das Land Tirol hat dafür in den letzten Jahren 2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Umlage zur Deckung des Personalaufwandes des Gemeindewaldaufsehers wurde insofern geändert, als nicht mehr auf die Gesamtwaldfläche sondern auf die Ertragswaldfläche abgestellt wird. Damit wird eine gerechtere Kostenverteilung erzielt.

Im Wirtschaftswald kann die Gemeinde bis zu 50% der anteiligen Personalkosten des Waldaufsehers auf die Waldeigentümer umlegen. Im Schutzwald im Ertrag sind es 15% der anteiligen Personalkosten, die von den Waldeigentümern eingehoben werden können. Im Teilwald können bis zu 50% der anteiligen Personalkosten des Waldaufsehers auf die Teilwaldberechtigten umgelegt werden, soweit der Teilwald im Wirtschaftswald oder Schutzwald im Ertrag liegt.

Mit dieser Kostenaufteilung tragen die Waldeigentümer tirolweit durchschnittlich 34% der Personalkosten des Waldaufsehers.

Da die Gemeindewaldaufseher, wie die praktischen Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, immer wieder für Tätigkeiten herangezogen werden, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, hat die Gemeinde nun die Möglichkeit, einen angemessenen Kostenersatz vorzusehen. Bestehende Pauschalvereinbarungen, etwa zwischen Gemeinde und Agrargemeinschaft, bleiben unberührt und es können auch künftig solche Vereinbarungen abgeschlossen werden. Als Tätigkeiten, die nicht im öffentlichen Interesse liegen, sind insbesondere die so genannten betriebsdienstlichen Aufgaben bei Agrargemeinschaften anzusehen.

Vergünstigungen für forstlich ausgebildete Waldeigentümer

Forstlich ausgebildete Waldeigentümer, wie Forstfacharbeiter, Forstwirtschaftsmeister oder Forstorgane kommen durch die neue Tiroler Waldordnung in den Genuss von besonderen Vorteilen. Mit diesen soll der Anreiz zur forstlichen Ausbildung gesteigert werden.

Waldeigentümer mit den angeführten Ausbildungen können die in den Wirtschaftswäldern bewilligten Holznutzungen ohne Auszeige durch den Waldaufseher selbstständig vornehmen.

Weiters müssen forstlich ausgebildete Waldeigentümer nur einen verminderten Beitrag zu den Personalkosten des Waldaufsehers leisten. Forstfacharbeiter bezahlen eine um 20% und Forstwirtschaftsmeister sowie Forstorgane eine um 40% verringerte Umlage, welche zur Deckung des Personalaufwandes eingehoben wird. Diese Verringerung der Umlage begründet sich in der geringeren zeitlichen Inanspruchnahme des Waldaufsehers in der Betreuung und Beratung.

Kleinviehweide im Wald

Die bisherigen Bestimmungen über die Kleinviehweide im Wald haben sich bewährt und bleiben im Wesentlichen unverändert. Aufgrund der praktischen

Erfahrungen sind nun aber im Bedarfsfall Angaben zum Bestehen des Weidrechtes zu machen und ist weiters bei der Anmeldung der Tiere anzugeben, wie die Tiere markiert werden. Eine eigene Regelung über die Tiereschäden ist in der Waldordnung nicht mehr enthalten, die allgemeinen rechtlichen Regelungen zu auftretenden Schäden sind als ausreichend erachtet worden.

Waldteilung

Beim Erwerb von so genannten Restflächen im Wald kann Waldteilungen zukünftig im Einzelfall zugestimmt werden. Dies wird insbesondere dann nötig sein, wenn im Zuge von Eigentumsübergang diese Restflächen als Wald im Sinne des Forstgesetzes zu erhalten sind. Die Behörde macht von dieser Bestimmung nach Vorliegen eines Fachgutachtens Gebrauch.

Waldbrandbekämpfung

Die Bestimmungen entsprechen inhaltlich weitgehend den bisherigen Bestimmungen.

Schutz vor Wildbächen

Die Gemeinden haben mit den geänderten Bestimmungen eine stärkere Stellung dadurch erhalten, als dass die im Zuge der von ihr durchgeführten Wildbachräumung anfallende Hölzer zu ihren Gunsten verfallen. Der Waldaufseher soll mehr als bisher ins Naturgefahrenmanagement der Gemeinden eingebunden werden. Dies wird durch die Aufgabenerweiterung des Waldaufsehers im Bereich Naturgefahren zum Ausdruck gebracht. Eine Beauftragung des Waldaufsehers zur Wildbachbegehung war jedoch bereits bisher möglich.

Förderung der Forstwirtschaft

Die Bestimmungen über die Förderung der Forstwirtschaft durch das Land Tirol wurden an die neuen Bestimmungen des Forstgesetzes (Forstgesetz-Novelle 2002) angepasst. Ziel der Förderung der Forstwirtschaft durch das Land Tirol sind die Erhaltung und nachhaltige Entwicklung der Multifunktionalität der Wälder, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Forstwirtschaft im Rahmen der Sicherung und Verbesserung der Struktur des ländlichen Raumes und die Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen für

die forstwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie deren Diversifizierung.

Datenschutzrechtliche Ermächtigung

Die Verwendung von personenbezogenen Daten ist nun ausdrücklich geregelt. Relevant ist dies für den Datenaustausch im Zuge der Förderung der Forstwirtschaft, für die in der Walddatenbank gespeicherten Daten der Holznutzung und für die Berechnung der Landeszuschüsse für die Waldaufsichtskosten. An Holzvermarktungsstellen dürfen Daten der Waldeigentümer grundsätzlich nur nach deren Zustimmung weitergegeben werden.

Ausblick

Die Verjüngung der Schutzwälder zur Bewahrung unseres mannigfaltig genutzten Natur- und Kulturräumes gelingt nicht von selbst. Hier braucht es fachliche Unterstützung, die lokal bestmöglich seitens des Waldaufsehers geboten werden kann. Das Aufgabengebiet des Gemeindegewaldaufsehers wird durch die neue Tiroler Waldordnung weiter entwickelt und den Erfordernissen der Zeit angepasst und steht damit ein anerkannter Fachmann in jeder Gemeinde als Ansprechpartner zur Verfügung.

Heute gilt es mehr denn je, die richtigen Vorkehrungen für die Trends in der Waldwirtschaft zu setzen.

Die wichtigsten Trends in unserem Land sind zum einen die Zunahme an Waldeigentümern, die nicht mehr selbst ihren Wald bewirtschaften und zum anderen das weitere Aufgehen der Preis-Kosten-Schere durch steigende Arbeitskosten und gleichbleibende Holzpreise, schließlich aber auch der steigende Bedarf an Holz seitens der Sägeindustrie und des Energieholzmarktes. Die Waldordnung bietet den unterstützenden Rahmen für die Waldeigentümer, damit diese mit der geringstmöglichen Bürokratie und besten Beratung den Wald entweder selbst bewirtschaften können oder an der gemeinsamen Waldbewirtschaftung durch die koordinierende Funktion des Waldaufsehers teilnehmen können. Die Holzvermarktung wird dazu verstärkt von der Interessenvertretung wahrgenommen. Damit sollte es gelingen, eine für die Erhaltung aller Waldfunktionen optimierte Holzmenge auf dem Holzmarkt anzubieten.

56.

Kommunale Beschaffung

Ein Konzept zur Einkaufskostenreduktion
durch Outsourcing an eine professionelle Poolgesellschaft

Budgets werden laufend knapper, Bürger fordern sparsamen Umgang mit Mitteln und die Kosten in vielen Bereichen steigen laufend. Aus unserer Erfahrung mit zahlreichen österreichischen Unternehmen wissen wir, dass gerade im Einkauf große Potenziale liegen – in der Durchführung von gemeinsamen Beschaffungsaktivitäten. Dieses Modell, welches wir mit Unternehmen umsetzen, lässt sich auch auf Kommunen und kommunale Betriebe erfolgreich umlegen.

MAKE OR BUY?

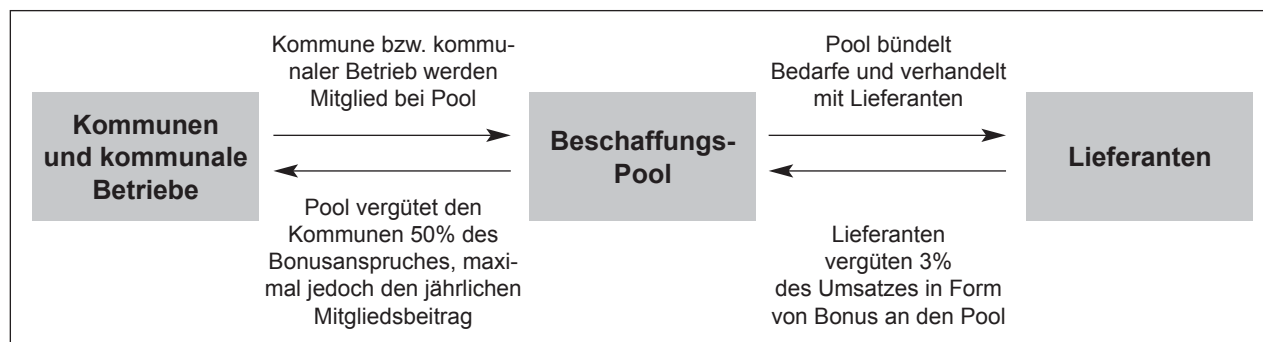
Wenn Sie als Kommune bzw. als kommunaler Betrieb an Beschaffung denken, dann sollten Sie sich folgende drei Fragen stellen:

- ist die einzelne Kommune groß genug, um interessante Volumina zu generieren?
- ist die Kommune organisatorisch in der Lage, professionelle Strukturen in der Beschaffung zu schaffen?
- sieht die Kommune professionelles Beschaffungsmanagement als eigene Kernkompetenz an?

Wenn nicht alle 3 Fragen mit „Ja“ beantwortet werden können, sollte ernsthaft ein Outsourcing des Beschaffungsmanagements an eine professionelle Poolgesellschaft geprüft werden.

DAS MODELL

Unser Modell ist sehr einfach und dadurch äußerst effizient:



IHRE VORTEILE:

- garantiert günstige Einkaufskonditionen für Mitgliedsbetriebe
- beträchtliche Zeiteinsparungen im Einkauf
- keine Probleme mit Ausschreibungen und Vergabeordnung

PRODUKTBEISPIELE:

- Brief-/Kopierpapier
- Büroartikel allgemein (vom Kugelschreiber bis zum Kopierer)
- Alles rund um Fahrzeuge (Fahrzeugkauf, Ersatzteile, Reifen, Treib- und Schmierstoffe etc.)
- Reinigungsmittel für Gemeinderäumlichkeiten/Schulen etc.

VORAUSSETZUNGEN, DAMIT DAS MODELL FUNKTIONIERT

Das Modell kann nur bei einer entsprechenden Anzahl an Mitgliedern funktionieren. Damit können Mengen und somit Einkaufsstärke am Markt erreicht werden. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist das „Zusammenarbeiten“. Deshalb integrieren wir alle Mitglieder aktiv in Planungen und Entscheidungen.

INTERESSIERT?

Wenn Sie mit Hilfe des Outsourcings und der Bündelung von Einkaufsaktivitäten einen Teil des modernen Verwaltungsmanagements umsetzen möchten, dann wenden Sie sich an das Land Tirol, Abteilung Gemeindeverwaltung, oder direkt an uns:

BEMAG Beschaffungsmanagement, Rathgeb KEG,
Feldstraße 7a, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512/575242 oder a.rathgeb@bemag.at

57.

Verwendung von Personaldaten für Zwecke der Wahlwerbung

Im Zusammenhang mit dem Vorliegen mehrere Beschwerden im Gegenstand erlaubt sich die Datenschutzkommission daran zu erinnern, dass Daten von öffentlich Bediensteten (insbesondere Name, Privatadresse und Status als öffentlich Bediensteter), nicht für Zwecke der politischen Wahlwerbung verarbeitet oder an wahlwerbende Gruppen oder diesen nahe stehende Institutionen weitergegeben werden dürfen.

Ausnahmen hievon sind nur zulässig aufgrund einer Zustimmung des Betroffenen, wobei dem Betroffenen vorher volle und umfassende Information über die Empfänger der Daten und den Zweck der Datenverwendung zugekommen sein muss.

Datenschutzkommission,
Zahl K054.002/0001-DSK/2005 vom 8. September 2005

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR SEPTEMBER 2005
(vorläufiges Ergebnis)

	August 2005 (endgültig)	September 2005 (vorläufig)		August 2005 (endgültig)	September 2005 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	110,7	111,1	Index der Verbraucherpreise I Basis: Durchschnitt 1958 = 100	529,5	531,4
Index der Verbraucherpreise 96 Basis: Durchschnitt 1996 = 100	116,5	116,9	Index der Verbraucherpreise II Basis: Durchschnitt 1958 = 100	531,1	533,1
Index der Verbraucherpreise 86 Basis: Durchschnitt 1986 = 100	152,3	152,9			
Index der Verbraucherpreise 76 Basis: Durchschnitt 1976 = 100	236,8	237,6			
Index der Verbraucherpreise 66 Basis: Durchschnitt 1966 = 100	415,6	417,1			

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat September 2005 beträgt 111,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber August 2005 (110,7 endgültige Zahl) um 0,4% gestiegen (August 2005 gegenüber Juli 2005: +0,2%). Gegenüber September 2004 ergibt sich eine Steigerung um 2,4% (August 2005/2004: +2,0%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck